

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 27. November 1919, Nr. 464.

Halbrüben für Minderbemittelte. In der 124. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch Halbrüben zum Preise von 50 h per kg gegen Abtrennung des Buchstaben „E“ in den Geschäftstagen der Grossschlächtereier an folgenden Tagen: Samstag, den 29. November für A - F, Montag, den 1. Dezember für G - K, Mittwoch, den 3. Dezember für L - R und Freitag, den 5. Dezember für S - Z. Einzelpersonen erhalten 1/2 kg, Haushalte mit 2 bis 3 Personen 1 kg, mit 4 bis 5 Personen 1 1/2 kg und Haushalte mit 6 und mehr Personen 2 kg. Ausserdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine statt finden, die in den Ständen: XI., Enkplatz und Simmering rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Wochenabschnitt der rosafarbenen Einkaufscheine. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Halbrüben.

Zu den Gewerbegerichtswahlen. Vom 27. November bis einschliesslich 10. Dezember liegen die Wählerlisten für die Wahlen in das Gewerbegericht Wien und für das Berufungsgericht in gewerberechtlichen Streitssachen für 336 Betriebe in den Bezirken I. bis XX im Zentral-Wahl- und Steuerkataster, Neues Rathaus, für die Betriebe des 21. Bezirkes im magistratischen Bezirksamt des Bezirkes, an Wochentagen von 9 bis 2 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags, an Feiertagen von 9 bis 12 Uhr vormittags zur Einsichtnahme und zur Uebersendung mündlicher oder schriftlicher Reklamationen auf.

Kartoffelabgabe. Freitag bis Sonntag werden im XV. bis XVII. Bezirke jugoslawische Kartoffeln zum Preise von K 4.34 per kg und im XVIII. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 4.80 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „A“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 27. November 1919, Nr. 465.

Spernung der Aspernbrücke. Die neue Aspernbrücke wird am Sonntag von 7 Uhr bis 4 Uhr nachmittags wegen Durchführung der Brückenbelastungsprobe abgesperrt werden.

Verband der Angestellten der Stadt Wien. Freitag, den 28. November 1919, 1/4 4 Uhr nachmittags findet in der Volkshalle des Neues Rathauses eine für alle Verbandangehörigen zugängliche Verhandlungssammlung statt, in der zu dem gegenwärtigen Stande der Lohnverhandlungen Stellung genommen werden soll.

Kinderhospital in San Pe lagio. Das städtische Jugendamt leitete im Frühjahr 1919 Schritte bei der italienischen Regierung ein, um San Pe lagio wieder zu beleben oder doch als Sommerheim für erholungsbedürftige Kinder aus Wien zu verwenden. Im Verfolge dieser Schritte wurden wiederholt schriftliche Eingaben an die hiesigen Vertreter der italienischen Regierung gemacht. Am 7. November d.J. erschien der, der italienischen Mission zugeteilte Hr. Ritter von Nadanlenski im städtischen Jugendamt und stellte die Frage, ob die Gemeinde Wien einen Verkauf oder eine Verpachtung der Anstalt San Pe lagio in Betracht ziehen würde, und welche Bedingungen, abgesehen von den geldlichen Angelegenheiten, die Gemeinde Wien stellen würde. Am 8. November sprach ein Vertreter der italienischen Mission beim Bürgermeister vor. Der Zweck der Besprechung war ein informativer für die italienische Mission und hatte die Frage des Kaufes oder der Pachtung durch Italien zum Zweck. Der Bürgermeister erklärte, die Stadt Wien werde ihr Eigentumsrecht zu wahren suchen. Wichtig sei, dass San Pe lagio rasch seinem Zweck wiedergegeben werde. Es könnte etwa ein Uebereinkommen getroffen werden, dass italienische Kinder dort Aufnahme finden würden. Die Gemeinde Wien will aber die Anstalt als ihr Eigentum behalten. Der Vertreter der italienischen Mission erklärte, in diesem Sinne nach Rom berichten zu wollen. Am Montag, den 24. November erschienen Colonel Segre (Venedig) und Dr. Rizzi (Triest) beim Bürgermeister und erklärten, die italienische Regierung wünsche den Ankauf von San Pe lagio. Es sei kein gangbarer Weg, wenn der italienischen Regierung bloss der Belag der Anstalt eingeräumt werde. Die italienische Regierung würde der Gemeinde gestatten, Kinder nach San Pe lagio zu entsenden, aber sie müsse die Verwaltung der Anstalt selbst führen können. Das Anbot der italienischen Regierung sei günstig, da der Kauf in Lite abgeschlossen werde. Der Bürgermeister betonte, dass die Gemeinde nicht beabsichtige mit der Anstalt ein Geschäft zu machen. Die ausserordentlichen Erfolge, die durch die Anstalt erzielt wurden, würden die Gemeinde bestimmen, das Seehospital den kranken Kindern zu erhalten. Dr. Rizzi erwiderte, die italienische Regierung wolle den Ankauf erzielen. Der Bürgermeister bemerkte hierauf, er werde dem Stadtrat darüber Bericht erstatten.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates kam der Bürgermeister diesen Versprechen nach und erörterte in einem längeren Bericht diese Angelegenheit. Er betonte dabei ganz besonders, dass San Pe lagio unter allen Umständen der Gemeinde erhalten bleiben solle, weil jetzt nach dem Kriege die Anstalt doppelten Wert habe in Hinblick auf die grosse Zahl der durch die Unterernährung geschaffenen rachitischen Kinder. StR. Hellmann verwies ebenfalls auf die Wichtigkeit der Anstalt für die Wiener Kinder und beantragte, sich in dieser Angelegenheit auch an den Staatskanzler Dr. Renner zu wenden, damit er den Standpunkt der Gemeinde der italienischen Regierung gegenüber unterstütze. StR. Dr. Grün regte an, das Kuratorium zu ergänzen, was der Bürgermeister auch zusagte. VB. Winter wies ebenfalls auf den grossen Verlust hin, der der Stadt Wien daraus entstünde, wenn die Anstalt in italienischen Besitz übergehen würde.

Schliesslich wurde beschlossen mit der italienischen Regierung in neue Verhandlungen einzugehen und auch dem Staatskanzler Dr. Renner dafür zu gewinnen, dass er den Standpunkt der Gemeinde in dieser Angelegenheit der italienischen Regierung gegenüber vertrete.

10.000 Dollar für Wiener Kinder. Gelegentlich seiner Reise in die Schweiz hat VB. Winter seinerzeit mit Amerika Verbindung gesucht, damit das wohlthätige Amerika gewisse Beträge für die Einreisekosten der Wiener Kinder in die Schweiz aufbringen möge. VB. Winter teilte im Stadtrat mit, dass Frau Kreisler von der Wiener Kinderhilfe-Eilfsaktion bekanntgegeben hat, dass für die Einreisekosten von Wiener Kindern in die Schweiz der Gemeinde Wien eine Spende von 10.000 Dollar, also mehr als eine Million Kronen, zugehen wird.

Subventionierung des Rudolfinerhauses. VB. Winter und Genossen stellten in der heutigen Stadtratsitzung den Dringlichkeitsantrag, dem Rudolfinerhaus in Hinblick auf die Not des Institutes einen ausserordentlichen Stadtbeitrag in der Höhe von 30.000 K zu gewähren. Der Antrag, den die Dringlichkeit zuerkannt wurde, wurde einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Beitritt der Stadt Wien zum Städtebund. Weber Antrag des VB. Ermerling hat der Stadtrat beschlossen, dem deutschösterreichischen Städtebunde mit einem Betrage von 10.000 K für das Jahr 1920 beizutreten. Der Stadtrat hat sich auch damit einverstanden erklärt, dass zur Führung der Geschäfte dieses Bundes bis zur satzungsmässigen Bildung eines Ausschusses ein provisorischer Ausschuss aus 5 Vertretern der Gemeinde Wien, je 2 Vertretern von Graz und Linz und je 1 Vertreter von Bregenz, Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg, Baden, Krems, St. Pölten, Wr. Neustadt, Steyr, Wels, Leoben, Villach, Dornbirn und Kuffstein gebildet werde.

Die Brennholzaufbringung. Bgm. Rurmann berichtet in der heutigen Sitzung des Stadtrates über die Aufbringung des von der Gemeinde Wien erforderlichen Brennholzes und die Schwierigkeiten, welche sich bei den Verhandlungen mit den Waldbesitzern bezgl. der Erzeugung und Bringung des Holzes ergeben haben. Er führte hiesbezüglich unter anderem aus: In den für Wien wichtigsten Bezirken, Bezirkshauptmannschaft Hietzing und Umgebung, werden bis zu dem heutigen Tage bloss im Lainzer-Tiergarten grössere Mengen von Brennholz nach Wien gebracht. Aus den anderen Gebieten, und zwar von Purkersdorf, langen täglich wohl einige Waggonen in Wien ein, doch ist die Bringung des Holzes nicht auf dem Höhepunkte, da Schwierigkeiten bezüglich der Arbeiter und bezüglich der Transportmittel aufgetreten sind, welche die wünschenswerte rasche Durchführung der Holzabfuhr behindern. Der Anfall im Lainzer-Tiergarten in einer Menge von 33.546 Raummeter ist bis zum 22. November noch nicht bis zur Hälfte abgeführt, weil in den letzten 8 Tagen die Ungunst der Winterung allen Bemühungen Widerstand leistete. Der Waldgrund ist sehr durch die Schnee- und Regenmenge aufgeweicht und auch die Strassen im Territorium des Tiergartens für Schwerverkehr nicht geeignet. Es ist daher die Bringung dort wie überall in den Waldteilen derzeit äusserst schwierig. Im allgemeinen arbeitet der Unternehmer bei der Ausfuhr des Brennholzes zufriedenstellend. In Purkersdorf, wo im Laufe des Sommers und Herbstes eine Menge von 7000 Raummeter Brennholz erzeugt wurde, haben sich bei der Abfuhr technische Schwierigkeiten in erster Linie dahin ergeben, dass der geplante Autobetrieb eingestellt werden musste, weil die Gablitzbachbrücke, welche die Lastwagen passieren mussten, unfahrbar wurde und ohne Verstärkung des Brückenbaues ein Kraftwagenbetrieb nicht möglich erscheint. Dadurch verzögerte sich die Abfuhr neuerlich und es musste der Bahntransport in Anspruch genommen werden, welcher jedoch bis zum noch nicht befriedigend funktioniert. Im Forstbezirke Tullnerbach werden auf dem Bartherge Futzholzstämme aufgeschnitten und so zu Brennholz verarbeitet. Der Anfall wird sich auf zirka 5000 Raummeter belaufen. Die Ab-

fuhr zur Bahnstation ist geregelt und sind bereits 700 Raummeter zum Bahntransport bereit. Im Forstbezirk Pressbaum wurden auf dem sogenannten Sandling, Gutsbezirk Rekawinkel zirka 9000 Raummeter geschlägert und harren der Abfuhr. Die Abfuhr von dort versagte bisher aber zur Gänze. Die Ursache liegt in den enormen Preisforderungen, welche von den dort ansässigen Bauern für die Rückung und Bringung zur Bahn gestellt werden. Die Gemeinde steht deshalb auch schon in Unterhandlung mit der Grosseinkaufsgesellschaft für österr. Konsumvereine und mit einer Kalkgewerkschaft, um die Bringung des Holzes aus Rekawinkel in der kürzesten Zeit durchführen zu können. In Verbindung damit ist auch die Vergebung der Abfuhr, der bei der Ypsilanti'schen Herrschaft Rappoltekrichen anfallenden 1000 Raummeter und der bei der Lichtensteinschen Herrschaft Neulengbach anfallenden 2000 Raummeter in Aussicht genommen. Der Dr. Bach'schen Eutsverwaltung sind im Bezirke Hietzing Umgebung 10-400 Raummeter und im Bezirke Tull 24.500 Raummeter Kontingent zur Lieferung für die Gemeinde Wien aufgetragen. Von dieser Stelle werden jedoch, wegen Lieferung des Quantums fortwährend Versuche gemacht, die Angelegenheit zu verschleppen und werden die definitiven Abmachungen am 28. d.M. im Beisein der Vertreter Landesregierung endgültig getroffen werden. Bisher sind von der Eutsverwaltung Mauerbach rund 700 Raummeter nach Wien gebracht worden. Hierzu wurden die städtischen Lastkraftwagen, und zwar 10 Fahrten täglich verwendet. Die Staatsforstverwaltung hat der Gemeinde Wien aus dem Hietzinger Bezirk 42.000 Raummeter zu liefern, wovon bereits 27.000 Raummeter in den Forstwirtschaftsbezirken Purkersdorf, Rekawinkel und Pressbaum erzeugt und noch 25.000 Raummeter in Erzeugung begriffen sind. Hier von werden im Forstbezirk Tullnerbach in der nächsten Woche 4000 Raummeter zur Uebernahme und durch die Grosseinkaufsgesellschaft für österr. Konsumvereine zur Abfuhr und Verteilung gelangen. Das im Schwachattal anfallende Brennholz von 70.000 Raummetern ist teils für die Angestellten der Gemeinde Wien bestimmt, teils für die soziale Holzverwertung für Invalide. Die definitiven Abmachungen sind im Zuge. Schliesslich hat die Forst- und Domanendirektion aus dem Tullnerbezirk aus dem sogenannten Rotgrabental der Gemeinde 1.500 Raummeter zur Verfügung zu stellen. Die Bringung dieser Holzmenge erfolgt in einer gemeinschaftlichen Aktion mit der Stadtgemeinde Klosterneuburg, die eine Menge von 7000 Raummeter erhalten soll.

Der durch die Bahnsperre verursachte geringe Holzeinlauf hat es bedingt, dass eine grössere Ausgabe von Brennholz aus den städtischen Vorräten erfolgen musste; in der abgelaufenen Woche wurden insgesamt 3.912 Raummeter Brennholz in Teilmengen von 10 kg pro Haushalt und Woche als Ersatz für Küchenbrand ausgegeben und hiemit 256.480 Haushalte befriedigt. Durch die

mit der Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler getroffene Vereinbarung, wonach dieselben verpflichtet wurden, von dem gesamten Einlauf 70% des Kleinverschleissern zu liefern, war es in der abgelaufenen Woche möglich eine weitere Menge von 1.409.396 kg in den Verkehr zu bringen, wodurch weitere 140.939 Haushalte die rationierte Wochenmenge erhalten konnten. Es war daher möglich eine Erleichterung der Brennstoffversorgung gegenüber den Vorwochen zu erzielen und wird diese Besserung bei voraussichtlich steigenden Einläufe noch weiter anhalten und der ohnehin schwer leidenden Wiener Bevölkerung zu statten kommen.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde zur Kenntnis genommen.

Für die Angestellten und Pensionisten der Gemeinde. Auf Grund der Beratungen der zwischenamtlichen Stelle für die Besoldung der Angestellten des Staates, des Landes Niederösterreich und der Gemeinde Wien hat der Stadtrat heute folgende Beschlüsse gefasst: 1. Den Angestellten der Gemeinde Wien, deren Dienstverhältnis nicht durch Kollektivvertrag geregelt ist, einschliesslich der dem Gesetze vom 4. Juli 1919 unterstehenden Lehrpersonen wird, fallsie nicht nur für eine vorübergehende kurze Dienstleistung aufgenommen wurden, für die Monate November und Dezember 1919 auf die neuzuregelnde Teuerungszulage (Additionalzuschlag) ein Vorschuss bewilligt. Dieser beträgt: a) für männliche verheiratete Angestellte 200 K, für männliche ledige 150 K per Monat. Verwitwete Angestellte, die versorgungsberechtigte Kinder zu erhalten haben und geschiedene Angestellte, welche für die geschiedene Gattin oder für versorgungsberechtigte Kinder zu sorgen haben, werden den verheirateten gleichgehalten; b) für weibliche Angestellte 150 K. Dieser Vorschuss ist und zwar für Monats-, Wochen- und Tagelöhner für beide Monate längstens am 6. Dezember d. J. auszuführen. 2. Zu Ruhe- und Versorgungsgeldern einschliesslich der ausserordentlichen Zuwendungen wird ein Betrag von 200K als einmaliger Zuschuss bewilligt, der mit tunlichster Beschleunigung anzuweisen ist.